

Christine Lambrecht
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, PLH 7.745, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73 286

Fax: (030) 227 – 70 286

Mail: christine.lambrecht@bundestag.de

Internet: www.christine-lambrecht.de

Presseinformation

Das Amtsgericht Fürth ist ein wichtiger Standortfaktor

SPD-Politiker sprechen sich für den Erhalt von Amtsgerichten in der Fläche aus

Berlin/Viernheim, 27. August 2007 - **Gemeinsam mit der rechtspolitischen Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion Heike Hofmann, MdL, sowie der Landtagsabgeordneten Karin Hartmann (SPD) besuchte die Bundestagsabgeordnete Christine Lambrecht (SPD) das Amtsgericht Fürth. In einem Gespräch mit Direktor Olaf Nimmerfroh informierten sich die SPD-Politiker umfassend über die Personal- und Arbeitssituation an dem Gericht.**

Trotz Sparzwang und knapper Stellenbesetzung zeigte sich Direktor Nimmerfroh insgesamt zufrieden. Angesichts der seit einigen Jahren gleichbleibenden Eingangszahlen könnten alle Verfahren zügig bearbeitet werden. Nimmerfroh betonte, wie wichtig der Erhalt des Amtsgerichts Fürth im Interesse einer bürgernahen Justiz sei. „Eine Schließung des Gerichts würde dazu führen, dass rechtsuchende Bürger einen weiten Weg bis zum nächsten Gericht zurücklegen müssten. Ein Ansprechpartner für die Bürger kann man aber nur sein, wenn man vor Ort ist,“ sagte Nimmerfroh.

Auch die SPD-Politiker lehnen eine Schließung oder Zusammenlegung von Gerichten ab, wie sie von der CDU Landesregierung bereits vorgenommen wurden. Lambrecht, MdB, verwies auf die klare Position der SPD im Landtagswahlprogramm. „Die SPD steht für den Erhalt der Amtsgerichte auch in der Fläche, denn eine bürgernahe Justiz ist ein wichtiger Standortfaktor“, sagte Lam-

Christine Lambrecht
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, PLH 7.745, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73 286

Fax: (030) 227 – 70 286

Mail: christine.lambrecht@bundestag.de

Internet: www.christine-lambrecht.de

Presseinformation

brecht und versicherte: „Eine Schließung von Amtsgerichten wird es mit der SPD nicht geben“.

Neben Fragen wie Stellenbesetzung, räumlicher Ausstattung und Einführung des Softwareprogramms SAP wurde auch eingehend über den Bereich des Gerichtsvollzieherwesens diskutiert. Bedarf für eine Privatisierung sieht Nimmerfroh hier nicht. „Seitdem wir in Fürth wieder vier Gerichtsvollzieherstellen haben, können alle Zwangsvollstreckungsaufträge schnell und gut erledigt werden“, erklärte Nimmerfroh. In diesem Zusammenhang stellte Hofmann, MdL, klar, dass es sich beim Gerichtsvollzieherwesen um eine hoheitliche Aufgabe handelt, die auch weiterhin in staatlicher Hand bleiben sollte „Die Zwangsvollstreckung ist ein sensibler Bereich, der für eine Privatisierung ungeeignet ist“, sagte Hofmann. „Die SPD erklärt Privatisierungsbestrebungen auf diesem Gebiet eine klare Absage“, so Hofmann weiter.

Die Abgeordneten der SPD- Landtagsfraktion besuchen regelmäßig Gerichte in ganz Hessen. Der Besuch beim Amtsgericht Fürth fand auf Initiative der Bundestagsabgeordneten Christine Lambrecht statt. Anlass war der Amtsantritt des Direktors Olaf Nimmerfroh Anfang Mai diesen Jahres, nachdem der langjährige Direktor Volker Kratz in den Ruhestand verabschiedet worden war.

Christine Lambrecht
Mitglied des Deutschen Bundestages

Deutscher Bundestag, PLH 7.745, 11011 Berlin

Tel.: (030) 227 – 73 286

Fax: (030) 227 – 70 286

Mail: christine.lambrecht@bundestag.de

Internet: www.christine-lambrecht.de

Presseinformation



Bildunterschrift (von links nach rechts)

Christine Lambrecht, Bundestagsabgeordnete
Olaf Nimmerfroh, Direktor des Amtsgerichts
Ursula Gaul, Frauenbeauftragte und Personalrätin
Marion Gössel, Personalrätin
Ekkehard Poduschnik, Geschäftsstellenleiter
Heike Hofmann, Landtagsabgeordnete
Karin Hartmann, Landtagsabgeordnete